

Wolfgang Uellenberg – van Dawen

Flucht und Einwanderung – kein Grund zur Panik

Ein gegenwartsbezogener Rückblick auf die Geschichte von Flucht und Einwanderung in Deutschland

Wer die Begrifflichkeit mit der die Flucht und Wanderungsbewegungen nach Deutschland und Europa beschrieben, diskutiert und analysiert wird, sich vergegenwärtigt, der gewinnt den Eindruck, dass eine gigantische Umweltkatastrophe droht. Die Panikmache in Medien, in privaten und öffentlichen Debatten und Diskursen vor den anschwellenden und nicht mehr zu kontrollierenden Flüchtlingsströmen macht hilflos und schürt Urängste wie die vor Überschwemmungen, die Hab und Gut, Leib und Leben kosten. Oder sie erinnern an brandschatzende Horden fremder Eroberer. Es ist ja kein Zufall, dass sich der Focus auf den Islam oder geflüchtete Muslime konzentriert, so als ob die Türken, wieder vor Wien stehen und die christlich abendländische Kultur zerstören wollen.

Angst auslösende Diskurse sind aber nicht nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, die nun endlich die willkommene Gelegenheit sehen, rassistisches und nationalistisches Gedankengut zu verbreiten und in die Parlamente einzuziehen. Sie ermutigen auch die, die nun selbst ihren Gewaltphantasien freien Lauf lassen und mit menschenverachtender Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Helfer vorzugehen. Aber auch mit denen, deren Sorgen und Problemwahrnehmung nicht von rassistischen Vorurteilen bestimmt werden, ist es schwer ins Gespräch zu kommen, wenn die veröffentlichte Meinung und die private Debatte mehr und mehr von Ängsten und katastrophischen Bedrohungsszenarien bestimmt wird.

Gefordert ist stattdessen ein realistischer Blick auf die Ursachen und Perspektiven von Flucht und Wanderungsbewegungen und eine angemessene und realitätsgerechte Politik, die so auch dem humanitären Anspruch einer menschenwürdigen Perspektive für die Geflüchteten und Zuwanderern und einer sozial gerechten und den sozialen Frieden wahren Integration erfüllen kann.

Unterschieden werden muss in der Regel zwischen Migration und Flucht. Vergleiche zwischen den schlechteren Lebensbedingungen in der Heimat zwischen Arbeitslosigkeit, Armut, Umweltverschmutzung, geringe Aufstiegsmöglichkeiten auf der einen, und den Perspektiven eines besseren Lebens im Zielland, die Aussicht auf gute Arbeit, Bildung, bessere Umwelt und Lebensbedingungen auf der anderen Seite motivieren Menschen auszuwandern. Niemand flieht jedoch freiwillig. Verfolgung und Vertreibung aus politischen und rassistischen Gründen, Gewalt in Krieg und Bürgerkrieg treibt die Menschen in die Flucht.

Flucht und Auswanderung hat die Geschichte der Menschheit von Beginn an geprägt. Ebenso lange wehrten sich die Ansässigen vor der Einwanderung oder Eroberung durch Fremde. Dabei gingen Flucht und Auswanderung oft Hand in Hand-etwa der Auszug der in England verfolgten religiösen Minderheit der Puritaner, die als Pilgerväter den Grundstein der Vereinigten Staaten von Amerika legten.

Eine staatliche Reglementierung und Regulierung der Wanderungsbewegungen beginnt jedoch erst mit der Entstehung souveräner Staaten in der Neuzeit. Dabei wurde schon früh unterschieden zwischen „nützlichen“ und nicht gebrauchten Einwanderern. Nützliche Auswanderer wurden gezielt angeworben. Die Aufnahme der von Ludwig dem XIV. vertriebenen französischen Hugenotten im Preußen Friedrich des II. ist ein gutes Beispiel dafür. Der Zuzug von Armen und Landlosen wurde hingegen abgewehrt.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte Deutschland zu den Auswanderungsländern vor allem nach Nord- und Südamerika. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden durch die Industrialisierung Arbeitskräfte knapp. Angehörige der polnischen Minderheit im Osten des damaligen deutschen

Reiches wurden für die Arbeit in den Kohlegruben und Stahlwerken des Ruhrgebietes angeworben. Die norddeutschen Werften holten sich Arbeitskräfte aus den benachbarten Niederlanden. Frankreich und Belgien warben Arbeitskräfte aus Italien. Unterbrochen wurden die europäischen Wanderbewegungen durch den 1. Weltkrieg. Nach dem Krieg ließ Deutschland, das unter einer hohen Arbeitslosigkeit litt, keine Einwanderung mehr zu. Das im Krieg ausgeblutete Frankreich warb bis zur Weltwirtschaftskrise 1933 verstärkt Arbeitskräfte zum Wiederaufbau des zerstörten Nordens und Ostens an.

Nazi Deutschland konnte seinen Eroberungs- und Vernichtungskrieg nur auf den Knochen von Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus ganz Europa führen. Arbeit bis zum Tode sollten die verfolgten Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und alle die leisten, die das Regime zu Feinden erklärt hatte oder die sich ihm mutig entgegenstellten.

Durch die Aufnahme von 12 Millionen nach 1945 aus den Ostgebieten Vertriebener und Geflüchteter konnte Westdeutschland bis Mitte der fünfziger Jahre seinen Arbeitskräfte Bedarf decken. 1955 wurde das erste Anwerbeabkommen mit Italien unterzeichnet, dem weitere folgten als mit dem Mauerbau 1961 die Flucht von Arbeitskräften aus der DDR endete. Bis zum Anwerbestopp in Folge der Wirtschaftskrise nach dem Ölpreisschock 1973 wurden 14 Millionen Menschen als so genannte Gastarbeiter angeworben. Davon kehrten aber 11 Millionen wieder in ihre Heimatländer zurück. Entgegen der im kollektiven Gedächtnis verankerten Erkenntnis, nach der Arbeiter angeworben wurden aber Menschen kamen, die auf Dauer hier arbeiten wollten, war für die allermeisten Angeworbenen die Arbeit in Deutschland eine vorübergehende und als notwendig erkannte Phase der Erwerbsarbeit um Geld zu verdienen. Noch heute „pendeln“ viele Menschen aus Italien, Griechenland, der Türkei usw. zwischen der Erwerbsarbeit in Deutschland und dem Urlaub in der Heimat. Erst mit dem Anwerbestopp wurden die Angeworbenen gedrängt sich für Deutschland als Lebensmittelpunkt zu entscheiden und ihre Familien nachzuholen. Der mit dem Verlust von Millionen Arbeitsplätzen verbundene Strukturwandel in der Industrie, die vor allem Migrantinnen und Migranten beschäftigten machte dann aus willkommenen Arbeitskräfte Arbeitslose und erschwerte deutlich die mit Arbeit und Ausbildung verbundene Integration.

Da in Westdeutschland in Folge des Strukturwandels die Arbeitslosigkeit weiter zunahm und sich verfestigte wurde die gezielte Anwerbung durch eher temporäre Maßnahmen der Rückkehrförderung ersetzt.

Obwohl über Jahrzehnte hinweg in Westdeutschland Wachstum und Wohlstand durch einen funktionsfähigen Sozialstaat auf sicherer finanzieller Grundlage ohne Einwanderung überhaupt nicht möglich gewesen wäre, hielten die Mehrheit der Bevölkerung und die offizielle Politik daran fest, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Eine vor allem kulturelle und sprachliche Betreuung wurde den Wohlfahrtsverbänden überantwortet. Für die Betreuung in der Arbeitswelt waren die Gewerkschaften zuständig, die dabei mit den Gewerkschaftsbünden aus dem Heimatland kooperierten. Migrantenselbsthilfe und Selbstorganisation zeigte sich in Arbeitervereinen oder aber in politischen Gruppierungen, deren Identität sich aus den sozialen und politischen Konflikten der Heimatländer ableitete.

Eine gezielte und geförderte Integration in der westdeutschen Gesellschaft begann erst in den siebziger Jahren auf kommunaler Ebene. Das Nebeneinander leben von Einheimischen und Eingewanderten als Normalzustand bedeutete jedoch nicht, dass es keine Vorurteile, Vorbehalte und Ängste gab. Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit waren Themen politischer Auseinandersetzung und politischer Bildung. Sie beherrschten jedoch nicht den gesellschaftlichen Diskurs. In der gesellschaftlichen Hierarchie standen die Migranten und ihre Familien unten und noch unter den

deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wurden aber auch von einer linksliberalen Öffentlichkeit als kulturelle Bereicherung wahrgenommen

Erst als 1989 die bipolare Konfrontation nach der Implosion des real existierenden Sozialismus endete, und die TAZ in einer Sonderausgabe: Die neue Völkerwanderung titelte machten sie und andere Medien damit einer kritischen Öffentlichkeit auf die zu erwartenden weltweiten Migrationsbewegungen aufmerksam.

Die 1990 von der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland begrüßte staatliche Einheit hatte jedoch die Kehrseite einer bis dahin nicht gekannten Welle von Fremdenhass, Gewalt und rassistischer Übergriffe in den neuen Bundesländern aber auch in Westdeutschland. Es war so als sich ob ein über Jahrzehnte im Untergrund gewachsener Rassismus und Rechtsextremismus explosionsartig ausbreitete. Da der Staat vor allem in Ostdeutschland hilflos auf die Überfälle, Pogrome und Morde reagierte, entstand eine bis dahin nicht gekannte zivilgesellschaftliche Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, der es gelang, die Welle der Menschenfeindlichkeit zu stoppen. Das Thema des friedlichen Zusammenlebens von Eingewanderte und Einheimischen stand einige Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Sie konzentrierte sich jedoch vor allem auf die Migration aus Südeuropa und der Türkei. Parallel dazu und ohne größere Debatten folgte nach dem Mauerfall über mehr als 10 Jahre hinweg eine Wanderungsbewegung von 3 Millionen Menschen aus den Neuen Bundesländern sowie von 4 Millionen Menschen als Spätaussiedler aus den GUS Staaten und Osteuropa nach Westdeutschland. Letztere wurde durch eine großzügige und erst später begrenzte Aufnahmepolitik gefördert.

Als Folge des Zusammenbruchs großer Teile der Wirtschaft in den neuen Bundesländern und des Strukturwandels in den alten überschritt die Arbeitslosigkeit Ende des Jahrhunderts die 5 Millionen Grenze. Zugleich prognostizierten Demographen eine nach der Jahrtausendwende zu befürchtende Alterung der Bevölkerung und die damit verbundene Abnahme des Erwerbspersonenpotentials. Die Wende in der Arbeitsmarkt und Sozialpolitik wurde damit ebenso vorbereitet wie die Debatte ob Deutschland nun auch eine geregelte Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen bräuchte. Während das linke, liberale und grüne Lager diese befürwortete, beharrten die konservativen und bürgerlichen Kräfte darauf, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Mit dem Bericht der Süßmuth Kommission und dem Gesetz über die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung von 2005 wurden ein bis auf die kleinste Regelung ausgefochtener Kompromiss gefunden. Ein unübersichtliches Feld von mehreren Aufenthalts- und Niederlassungsregelungen auf der einen und Verpflichtungen zur Integration auf der anderen Seite verknüpften Einwanderung mit Integration. Ein Gesetz über die Art und Weise der Steuerung der Einwanderung fehlt bis heute. Gerade eine solche generelle Regelung die auf einer politischen wie gesellschaftlichen Mehrheit beruhen muss, ist jedoch unabweisbar und auch machbar. Denn der größte Teil der Eingewanderten kommt aus EU Ländern und hat das Recht auf Freizügigkeit. Auf der anderen Seite verschärfen sich in Teilen Afrikas die ökonomischen und ökologischen Konflikte, treiben Arbeitslosigkeit, Armut und der Verlust natürlicher Lebensgrundlagen, verschärft durch ungleiche wirtschaftliche Nord- Süd Beziehungen, immer mehr junge Menschen zur Auswanderung nach Europa.

Einwanderung ist möglich und auch auf Grund der demografischen Entwicklung notwendig. Eine rationale und politisch vermittelbare Steuerung muss jedoch drei Bedingungen erfüllen: Einen Politichwechsel der EU in den wirtschaftlichen Nord – Süd Beziehungen zu Afrika, die den Druck auf die Auswanderung mindern, eine für die Auswanderungswilligen verlässliche und kommunizierte Einwanderungsregelung in die EU und die Verpflichtung zur Integration und sei es auch nur temporär.

Während die Einwanderungspolitik vor allem von ökonomischen und sozialpolitischen Interessen bestimmt wird, steht in der Flüchtlingspolitik die Sicherheit des eigenen Staatsgebietes im Mittelpunkt. Obwohl Menschen, die flüchten müssen, viel dringlicher als Einwanderer eine sichere Bleibe und Unterstützung brauchen und obwohl sie in der Regel in ihre Heimat zurückkehren, wenn die Fluchtursachen beseitigt sind, wurden und werden sie strikt kontrolliert, sie werden nicht selten in Lagern eingesperrt und auch häufig abgewiesen. Seit dem Entstehen von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert hat die Sicherheit des eigenen Staatsgebietes und des eigenen Herrschaftsregimes Vorrang vor humanitären Erwägungen. Gewerkschafter, Sozialisten und selbst Liberale wurden wenn nicht ausgewiesen, denn doch misstrauisch überwacht. Aber erst mit dem 1. Weltkrieg steigern sich die Abwehrreaktionen auf Fremde ins Hysterische. Am Ende des 1. Weltkrieges setzte durch die Neuordnung der europäischen Landkarte eine neue Fluchtbewegung ein von Menschen, die nun in den Nachfolgestaaten der österreich-ungarischen Monarchie zu Minderheiten geworden waren oder in Folge der russischen Revolution fliehen mussten. Flucht und Exil gehörten nach dem Aufstieg faschistischer Bewegungen fast zum Normalzustand, aber die Exilanten mussten unter oft elenden Bedingungen in den Aufnahmeländern leben. Auf fast einhellige Abwehr stießen die von der NS Diktatur verfolgten Jüdinnen und Juden. Mit Ausnahme prominenter Geflüchteter weigerten sich viele europäische Staaten, sie aufzunehmen.

Nachdem die Millionen in Folge des 2. Weltkrieges Geflohenen halbwegs integriert waren, nahmen die Länder Westeuropas in der Regel aber großzügig Geflüchtete aus den Diktaturen des sozialistischen Lagers auf, aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR und auch Flüchtlinge etwa aus Lateinamerika oder den Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland. Voraussetzung war jedoch der Nachweis der Verfolgung aus politischen Gründen. Für Geflohene aus den Ländern des Nahen Ostens vor allem der Türkei wurde dieser Nachweis erschwert, Anträge oft abgelehnt. Mit der Entscheidung die Boat People aus Vietnam in den siebziger Jahren in der BRD aufzunehmen, begann die Praxis der so genannten Kontingentflüchtlinge in Folge dessen vor allem dann Jüdinnen und Juden aus der UdSSR in Deutschland aufgenommen wurden.

Der Artikel 9, 3 des Grundgesetzes wurde als unmittelbar geltendes Recht in dieser Zeit nicht in Frage gestellt, ebenso wenig wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Dies änderte sich schlagartig mit dem Ende der DDR. Der bis dahin im gesellschaftlichen Konsens akzeptierte Grund der Verfolgung durch die sozialistische Diktatur war entfallen. Nun stiegen die Flüchtlingszahlen in Folge des Krieges im ehemaligen Jugoslawien wie aus dem Nahen Osten und Südostasien. Letzteren wurde mehr und mehr unterstellt aus wirtschaftlichen Gründen die Heimat verlassen zu haben. Der diskriminierende Begriff der Wirtschaftsflüchtlinge bestimmte die Debatte. Mit der einschneidenden Änderung des Art.9 Abs.3 höhnte die Schwarz Gelbe Bundesregierung mit Billigung der SPD das Grundrecht auf Asyl aus und schuf mit der Konstruktion der sicheren Drittstaaten und in Folge des so genannten Dublin Abkommens in Europa eine rechtlich fast undurchdringliche Schutzzone vor der Flucht nach Deutschland. Mit juristischer Spitzfindigkeit versuchte der Bund dann noch die letzte Zugangsmöglichkeit über die Flughäfen zu schließen. Abwehr und Abschreckung waren über Jahre hinweg die Devise deutscher Flüchtlingspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. So wurden nach dem Ende des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, die die nicht freiwillig zurückkehrten rigoros abgeschoben, so wurden Schutzsuchende aus Südosteuropa vor allem die Roma in menschenunwürdige Unterkünfte gepercht. Vorhandene Aufnahmekapazitäten für Geflüchtete wurden geschlossen, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF vernachlässigt. Vorstöße südeuropäischer Länder und aus dem EU Parlament im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik auch die Dublin Regelung der Pflicht zur Aufnahme der Schutzsuchenden für die Einreiseländer zu lockern und zu einem gerechten Verteilungssystem zu kommen, wurden von Deutschland systematisch verhindert.

Wenn die aktuelle öffentliche Debatte über Flucht und Migration von Bedrohungsszenarien bestimmt wird, wenn sich in den alltäglichen Sprachgebrauch Begriffe wie ansteigende Flüchtlingsströme die alle überfordern eingepägt haben, dann hat dies nicht zuletzt in dieser von Deutschland geschaffenen und über Jahre hartnäckig verteidigten Abwehrpolitik seine Ursache. Gemeinden, Länder und Bund haben es schlicht versäumt und verlernt sich auf steigende Flüchtlingszahlen einzustellen. Personelle Ressourcen fehlen ebenso wie Aufnahmekapazitäten. Ein Nadelöhr ist das BAMF bei dem sich die Asylanträge türmen.

Für diese Situation ist nicht die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung vor allem der Kanzlerin verantwortlich. Mitverantwortlich ist sie jedoch für die Entsolidarisierung Europas.

Traditionell großzügige Aufnahmeländer wie Schweden das gemessen an der Bevölkerungsdichte dreimal mehr Geflüchtete aufgenommen hat wie Deutschland sind an ihre Grenzen gekommen und die konservativ- nationalistischen Regierungen in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern wehren sich aus ideologischen Gründen gegen jede europäische Lösung zur Verteilung von Geflüchteten.

Die Haltung der südeuropäischen Länder wie Italien und Griechenland hat jedoch vor allem ökonomische Gründe. Sie können keine Geflüchteten aufnehmen und ihnen eine humane Perspektive bieten, sondern schicken sie nach Norden. Frankreich nimmt höchstens 30 000 Geflüchtete auf, Portugal und Spanien so gut wie keine. Jetzt rächt sich die von Deutschland in Europa durchgesetzte rigorose Stabilitätspolitik. Der Zwang zu Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, zu Kürzungen im Bildungs- und Sozialsystem, zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und die gleichzeitige Weigerung des ökonomisch stärksten Landes in Europa mit großzügigen Programmen die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zu investieren, Schuldenlasten gemeinsam zu tragen und für mehr wirtschaftliches Gleichgewicht in Europa zu sorgen, hat diese Länder an den Rand ihrer staatlichen Handlungsfähigkeit getrieben.

Rigorose Sparpolitik und eine großzügige Flüchtlingspolitik gehen nicht zusammen. Das gilt auch für Deutschland. In den letzten Jahrzehnten haben Bundesregierungen aller politischen Couleur harte Sparprogramme zu Lasten des öffentlichen Sektors durchgezogen. Verschärft wurden sie durch Strukturkrisen etwa im Ruhrgebiet oder in Ostdeutschland. Heute ist mehr als die Hälfte aller Kommunen vor allem Großstädte fast pleite. Eingewanderte und Geflüchtete drücken nun auf den Wohnungsmarkt, der kaum noch bezahlbaren Wohnraum anbietet. Sie konkurrieren mit den Kindern der Einheimischen um Plätze im Bildungssystem. Nur auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden Arbeitskräfte gesucht. Aber hierfür müssen Qualifikationen erworben werden und die Förderung reicht heute schon nicht mehr für die Langzeitarbeitslosen aus.

Im Unterschied zurzeit vor 25 Jahren gibt es viele Fortschritte in der Integrationspolitik und ebenso bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein hohes Maß an Aufnahmebereitschaft und konkreter Hilfe. Aber dennoch mangelt es an professioneller und systematischer Integrationspolitik. Interkulturelle Kompetenz, Wissen und Umgang mit Menschen aus sehr unterschiedlichen Kulturen und Religionen ist in der Breite der Bevölkerung wie bei den Institutionen kaum vorhanden. Angemessene Handlungskonzepte und Regeln müssen noch erarbeitet werden. Stattdessen verhindert eine Welle von überzogener und hysterischer medialer Darstellung, unnötige Dramatisierung die realistische Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass weiter Geflüchtete kommen werden.

Notwendig sind:

Ein Einwanderungsgesetz zur großzügigen Regelung der Einwanderung aus nicht EU Ländern.

Den systematischen Ausbau der zuständigen Behörden sowie einen Politikwechsel in der Asylpolitik, der jedem Geflüchteten zügig ein rechtsstaatliches Verfahren garantiert.

Das Ende der überzogenen Sparpolitik und den massiven Ausbau der Aufnahmekapazitäten sowie Investitionen vor allem in den Wohnungsbau, in Bildung und Integration.

Handeln – nicht Panikmache ist gefragt.